

Mitteilung

öffentlicher Teil

| Gremium | Datum |
|-------------------------------|------------|
| Ausschuss für Umwelt und Grün | 09.09.2014 |

Altlastensanierung des ehemaligen Schießplatzes in Köln-Ostheim Sachstandsmitteilung

Ausgangslage

Im Bereich des ehemaligen Schießstandes am Alten Deutzer Postweg in Köln-Ostheim (Altlast 805109) sind schädliche Bodenveränderungen durch die Ablage von Bleischrot und Wurfscheiben erfolgt. Die Ende 2012 bis Mitte 2013 durchgeführte Gefährdungsabschätzung hat ergeben, dass für die Wirkungspfade Boden-Mensch und Boden-Grundwasser Beeinträchtigungen und Gefährdungen nicht auszuschließen sind.

Eine Sanierung des Geländes ist nach dem Bundesbodenschutzgesetz erforderlich.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Schadstoffsituation ist sicherzustellen, dass einerseits die in dem benachbarten Wohngebiet lebenden Menschen nicht mit den Bodenbelastungen in Kontakt kommen können und andererseits der Schadstofftransport zum Schutz des Grundwassers unterbrochen wird. In Abstimmung mit den Landesbehörden soll daher der belastete Boden abgeschoben, an einer Stelle vor Ort angehäuft und mit einer Kunststoffdichtungsbahn abgedichtet werden. Diese abgedichtete Schadstoffhalde und das sanierte Gelände können anschließend mit sauberem Boden abgedeckt und wieder aufgeforstet bzw. rekultiviert werden.

Aktueller Sachstand

Für die Sanierung wurden beim Land NRW Fördermittel beantragt und zwischenzeitlich auch genehmigt. Der bewilligte Fördersatz beträgt 80%.

Im Juni 2014 wurde ein Ingenieurbüro mit der Objektplanung, den landschaftspflegerischen Leistungen und der Bauüberwachung beauftragt.

Voruntersuchungen, beispielsweise zur Herstellung einer Versickerungsanlage zur Entwässerung der abgedichteten Schadstoffhalde, finden aktuell statt. Es ist vorgesehen, die erforderlichen Rodungsarbeiten im Sanierungsgebiet noch im Herbst durchzuführen.

Die Sanierungsmaßnahme wird dem Ausschuss Umwelt und Grün nach Abschluss der Vorplanungen zur Beschlussfassung vorgelegt. Mit den ersten Erd- und Sanierungsarbeiten kann dann nach Genehmigung der Maßnahme voraussichtlich im Frühjahr 2015 begonnen werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Zur Information der betroffenen Bürger und Bürgerinnen hat die Verwaltung einen Flyer erstellt, der im benachbarten Wohngebiet verteilt wurde. Des Weiteren wird das Projekt auf der städtischen Internetseite beschrieben und regelmäßig aktualisiert.